Hilfsmaßnahmen für die Eifel im 19. Jahrhundert

Was die Preußen für ihr Sibirien taten

Mascha Britz. Daun Thomas Klassmann. Daun Christoph Kühl, Demerath

An dem Schüler Wettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten haben wir uns mit einem Beitrag über die Maßnahmen, die die Preußen im 19. Jahrhundert ergriffen, um der Eifel und ihren notleidenden Bauern zu helfen, beteiligt. Der nachstehende Auszug weicht teilweise vom Originaltext ab. Seine Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Körberstiftung Hamburg. Da die Eifel nicht in nennenswertem Umfang über Rohstoffe oder Bodenschätze verfügt, kam es hier im 19. Jahrhundert nicht zu Industrieansiedlungen in größerem Maße. Das erklärt, weshalb die Bevölkerung der Eifel auch zu einer Zeit, in der es in anderen Gegenden Deutschlands bereits Industrie in größerem Umfang gab, noch stark auf die Landwirtschaft angewiesen war, was man daran sehen kann, dass 1882 noch etwa 74 % der Gesamtbevölkerung in der Landwirtschaft tätig waren. Die Landwirtschaft in der Eifel hatte schon immer sowohl mit klimatischen Schwierigkeiten (insbesondere mit zu hohen Niederschlägen) als auch mit einer widrigen Bodenbeschaffenheit (insbesondere mit wasser undurchlässigen Tonschichten) zu kämpfen. Außerdem ist die durchschnittliche Temperatur in der Eifel für eine gewinnbringende Landwirtschaft zu gering, was hauptsächlich durch die Tatsache bedingt ist, dass die Eifel mit 400-700 Metern Höhe relativ weit über dem Meeresspiegel liegt. Zu diesen Schwierigkeiten kam noch die alte Tradition der Eifelbauern, den Besitz (also insbesondere das Land) unter den Söhnen aufzufeilen. Das Prinzip der Realteilung wandten diese auch wieder bei ihren Nachkommen an, dies führte zu immer kleiner werdenden Parzellen. So kam es, dass im Jahre 1865 mehr als 8200 Betriebe höchstens 1,25 ha Land besaßen, was selbst zu dieser Zeit sehr wenig war. Da das Wegesystem für größere Felder angelegt war, mussten die Bauern fremde Felder überqueren, um zu ihren eigenen zu gelangen, was sich, genau wie die geringe Größe der Felder, negativ auf die Ernteerträge auswirkte. All diese Faktoren führten immer wieder zu Missernten, so dass die Eifel des öfteren von Hungersnöten betroffen war. Deshalb wurde Hilfe für die notleidenden Bauern notwendig. Hierbei handelte es sich fast ausschließlich um Hilfe von staatlicher Seite. Schlechte Lebensbedingungen in der Eifel und die daraus resultierende Armut veranlassten einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung, ihre Heimat zu verlassen und anderswo ein neues Leben zu beginnen. Nach den Wirren der Napoleonischen Kriege, in denen die Eifel zum Rheinbund gehörte, wurde sie im Jahr 1815 nach dem Wiener Kongress preußisches Territorium. Da den Preußen klar war, dass es sich bei der Eifel, im Falle eines Krieges gegen das »verhasste Frankreich« um ein bedeutsames Aufmarschgebiet handeln würde, schickten sie unmittelbar nach der Inbesitznahme im Jahr 1816/17 den Agrarfach-

Kartoffelernte in Neichen 1932 Foto: Hermann Maas, Neichen

mann Johann Nepomuk von Schwerz, der sich von den Verhältnissen in diesem neuen Teil des preußischen Staatsgebietes ein Bild machen sollte. Da gerade im ersten Jahr seiner Reise (1816) eine gravierende Hungersnot in der Eitel herrschte, hob er in seinem Bericht an die preußische Regierung die Notwendigkeit von Hilfsmaßnahmen besonders hervor.

Flurbereinigung

Wie wir bereits erwähnt haben, waren die Schwierigkeiten der Landwirtschaft unter anderem auf die durch die Realteilung bedingte Zersplittung des Grundbesitzes zurückzuführen. So war es zum Beispiel nicht selten der Fall, dass ein zehn Hektar großes Bauerngut in bis zu 100 kleine Parzellen zersplittert war. Eine Reihe von Landwirten hatte bereits um 1850 erkannt, dass es besser sei, die verstreuten Besitztümer nach wirtschaftlichen Aspekten neu zusammenzulegen. Die Initiative dieser weitsichtigen Landwirte hatte Erfolg, benötigte aber einen relativ langen Zeitraum, um sich durchzusetzen, da sich eine starke Minderheit gegen die Neuordnung sperrte. Bei dieser Minderheit handelte es sich vor allem um Juristen, die schwerwiegende juristische Bedenken hatten, weil in der Eifel noch das französische Hypothekenrecht galt. Das Zusammenlegungsgesetz für die Rheinprovinz, das natürlich auch für die Eifel als Teil der Rheinprovinz Gültigkeit hatte und sich stark an der altpreußischen Agrargesetzgebung orientierte, trat am 24. Mai 1885 in Kraft. Bereits 1886 wurde eine Generalkommission eingerichtet, die die Durchführung des Gesetzes zu überwachen hatte, das darauf abzielte, die große Zahl kleiner Parzellen eines Betriebes durch eine geringe Zahl großer und besser zu bearbeitender Felder zu ersetzen. Die Folgen dieser Neuordnung waren unter anderem, dass der Besitz nach der Beseitigung der Zersplitterung für die Bauern leichter erreichbar wurde, so dass keine Notwendigkeit bestand, den bis dahin gültigen Flurzwang, der alle Besitzer benachbarter Parzellen verpflichtete, stets dasselbe anzubauen, aufrechtzuerhalten. Im Zuge der Flurbereinigung wurden außerdem die bis dahin schon bestehenden Wege zwischen den Feldern saniert, neue angelegt und fließende Gewässer begradigt. Insgesamt war die Flurbereinigung ein voller Erfolg und trug zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Lage in der Eifel wesentlich bei. Die erste Flurbereinigung im Kreis Daun fand 1889 in Hörschhausen statt, insgesamt wurden im Kreis Daun bis 1906 zwölf Zusammenlegungen durchgeführt, womit er die erste Stelle unter allen Eifelkreisen einnahm. Die Zahl der Parzellen schrumpfte durch die Flurbereinigung von 41891 auf 7947.

Die im letzten Jahrhundert und bis zu den 60er Jahren dieses Jahrhunderts durchgeführten Flurbereinigungen reichten unter den heutigen Bedingungen (große Maschinen, Rationalisierungsdruck) nicht mehr aus, so dass in den letzten Jahren nochmals mit einer neuen Flurbereinigung begonnen wurde.

Hypothekengesetzgebung

Ein weiterer Umstand, der die Prosperität der landwirtschaftlichen Betriebe in der Eifel verhinderte, war die Tatsache, dass es keinen Kredit für sie gab. Das war juristisch bedingt, denn in der Eifel galt (als Relikt der französischen Besatzungszeit von 1798 bis 1815) noch fast das ganze 19. Jahrhundert hindurch das französische Hypothekenrecht, das besagte, dass die Weitergabe von Grundbesitz durch mündlichen Vertrag möglich war. Folglich gab es keinerlei schriftliche Unterlagen über den Grundbesitz, was zu einer großen Unsicherheit des Eigentumstitels führte. Die Banken sahen sich außerstande, Kredite zu vergeben, weil sie niemals im Einzelfall nachprüfen konnten, ob der, der die Hypothek aufnehmen wollte, auch tatsächlich der Eigentümer des Grundbesitzes war. Wenn man bedenkt, dass die Eifel bereits seit 1815 zu Preußen gehörte, so dauerte es relativ lange, bis dieser Missstand behoben war. Das Gesetz, das die bisher gültigen französischen Bestimmungen für hinfällig erklärte und besagte, dass fortan Grundbesitz nur noch durch einen notariellen Vertrag übertragen werden konnte, trat am 20. Mai 1885 in Kraft. Damit wurde die Sicherheit des Eigentumstitels hergestellt, die Grundlage für Kredite war geschaffen, und damit auch eine weitere Voraussetzung für den landwirtschaftlichen Aufschwung in der Eifel.

Maßnahmen zur Verbesserung der Viehwirtschaft

In der Eifel war das System der Viehleihe üblich. So gab es 1886 im Kreis Daun 450 Stück Leihvieh. Das Viehleihsystem funktionierte (theoretisch) wie folgt: Der Verleiher blieb Eigentümer, der Bauer, der das Vieh geliehen hatte, erhielt die Milch und teilte sich mit dem

Bauer in Kerpen beim Pflügenn(Foto: R. Steffens, Berenbach)

Eigentümer den Nachwuchs, der sich mit der Zeit beim Vieh einstellte. In Wirklichkeit wurde das System ganz anders praktiziert: Der Verleiher gab dem Bauern eine trächtige Mutterkuh oder ein Jungtier. Wenn die Kuh gekalbt hatte oder das Jungtier herangewachsen war, wurden Kalb beziehungsweise herangewachsenes Jungtier dem Bauern sofort vom Verleiher entzogen, der das Vieh dann verkaufte. Dieses System funktionierte also eindeutig zu ungunsten der Bauern, weil ihnen so die Möglichkeit, einen eigenen Viehbestand aufzubauen, praktisch nicht gegeben war. Nachdem man staatlicherseits 1893 erkannt hatte,

dass dieses ineffiziente Viehleihsystem einer der Hauptgründe für die darnieder liegende Viehwirtscnaft war, fand man rasch eine Lösung: Noch im selben Jahr gaben die Eifelkreise (finanziell stark unterstützt von der Rheinprovinz) langfristige, billige Darlehen im Gesamtwert von rund zwei Millionen Goldmark an die Bauern, so dass ihnen der Erwerb von Eigenvieh ermöglicht wur-

Doppelbauernhaus im Kaperich um 1920(Foto: Franz Wiesendauer, Kaperich)

de. Mit der Abschaffung der Viehleihe war ein wesentlicher Schritt in Richtung bessere Viehwirtschaft getan. Was nun noch fehlte, waren ausreichend große Weideflächen. Die vorhandenen Wiesenflächen, von denen es ohnehin wenige gab, waren größtenteils völlig versumpft und daher unbrauchbar, deshalb griff man bei der Schaffung von Weideland auf die vorhandenen großen Ödlandflächen zurück, die fast alle in Gemeindebesitz waren. Die Bauern waren gewohnt, das Ödland nach der sogenannten Schiffelmethode zu nutzen. Diese Methode lief folgendermaßen ab: Nachdem man das Land 15 Jahre hatte brach liegen lassen, verbrannte man das Gestrüpp, das im Laufe dieser Zeit gewachsen war, pflügte die Asche als Dünger unter und baute dann in drei aufeinanderfolgenden Jahren Roggen, Hafer und Kartoffeln an. Die Erträge, die man in diesen drei Jahren erntete, kamen allen Bauern gleichermaßen zugute, da es sich schließlich um Gemeindeland handelte. Nach Ablauf dieser Bebauungsperiode war der Boden wieder ausgelaugt, so dass man ihn erneut 15 Jahre brach liegen lassen musste. Es erübrigt sich zu sagen, dass diese Methode äußerst ineffektiv war, was auch der Staat erkannte. Daher beschloss man, die öden Ländereien durch Feldgrasanlagen für die Viehwirtschaft nutzbar zu machen. Die erfolgreiche Durchführung dieser Maßnahme sorgte dafür, dass der Ödlandanteil im Kreis Daun in der Folgezeit ganz erheblich zurückging. Neben der Ödlandnutzbarmachung wurden aber auch die vorhandenen Wiesenflächen entsumpft. Zu diesem Zweck wurden in der ganzen Eifel öffentliche Genossenschaften zur Entwässerung gegründet, von den Regierungsbezirken mit insgesamt rund vier Millionen Goldmark gefördert. Die Entwässerung wurde im wesentlichen durch Verlegung von Dränagen bewerkstelligt. Nach Durchführung dieser Maßnahmen war das notwendige Weideland vorhanden. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es in der Eifel nur eine einzige Viehrasse, die sogenannte Eifeler Landrasse. Bei diesen Tieren handelte es sich um sehr mageres, dünnbeiniges Vieh mit meist stark gekrümmten Hörnern. Eine Kuh

dieser Rasse brachte maximal 150-200, ein Ochse höchsten 300 Pfund auf die Waage. Die Bedingungen, unter denen das Vieh gehalten wurde, waren mangelhaft. Stallfütterung fand nicht statt, man trieb das Vieh auf die Weide, wo es sich sein Futter selbst suchen sollte. Futter war jedoch nicht in ausreichenden Mengen vorhanden, weil man die »Weiden« (meist Ödlandflächen) weder pflegte, noch düngte. Die Bauern kamen überhaupt nicht auf die Idee, an diesen tradierten Zuständen etwas zu ändern; auch fiel es ihnen nicht ein, bessere Viehrassen heranzuzüchten. Unter diesen ganz und gar ungünstigen Umständen konnte von eigentlicher V i eh Wirtschaft (also optimale Milch- und Arbeitsnutzung) nicht die Rede sein. Bis zu den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts hatte sich die Lage jedoch erheblich gebessert, denn Preußen hatte die Höherzüchtung des Viehs finanziell gefördert. Im Jahr 1875 war die Eifeler Landrasse größtenteils verschwunden. Durch Kreuzung mit dem höherwertigen Glanvieh war die sogenannte veredelte Landrasse entstanden. Eine Kuh dieser Rasse brachte 300-500, ein Ochse 400-800 Pfund auf die Waage. Auch heute werden verstärkt neue Viehrassen gezüchtet, um leistungsstärkere Tiere zu erhalten, die dem steigenden Qualitätsanspruch der Konsumenten beim Fleischkauf gerecht werden.

Aufforstungen

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte die später zugrunde gegangene Eisenindustrie in der Eifel Waldrodungen in großem Umfang notwendig gemacht, denn die damaligen Methoden der Eisengewinnung verbrauchten sehr viel Holz. Zur Gewinnung eines einzigen Wagens Eisen wurde 36 Wagen Holz benötigt. Außerdem schlug die Bevölkerung auch zum Heizen ihrer Wohnungen große Mengen an Brennholz. Das nun waldlose Land wurde als Schafwiese genutzt, zum Kartoffelacker umfunktioniert oder nach der Schiffelmethode bearbeitet. Da diese Bewirtschaftungsmethoden den Bauern ohnehin wenig einbrachten und früher oder später eine Versteppung zur Folge gehabt hätten, fasste Preußen in den 59er Jahren (als die Eisenindustrie bereits nicht mehr vorhanden war) den Beschluss, die Flächen wieder in Wald zu verwandeln. Hierbei verwendete man hauptsächlich die Fichte, da diese weitaus schneller zur vollen Größe heranwächst, als andere Bäume- Von 1854-1866 stellte Preußen für die Neuanpflanzung von Wald jährlich 10 000 Taler zur Verfügung. Freilich fehlte den meisten Bauern das Verständnis für diese langfristige Forstplanung des Staates. Sie waren nicht bereit, ihre Kartoffeläcker aufzugeben, denn selbst die sehr geringen Erträge der Äcker bedeuteten ein erhebliches Zubrot für sie. Das erklärt den anfangs vielfach anzutreffenden Widerstand gegen die Aufforstungsmaßnahmen. Zur Verhinderung der Aufforstung gingen manche Bauern sogar soweit, den ihnen zur Aussaat gegebenen Samen vor dem Einpflanzen in den Backofen zu stecken, um ihm die Keimkraft zu nehmen. Auch kam es vor, dass neu gepflanzte Bäumchen heimlich herausgerissen wurden. Letztendlich konnten sich die Aufforstungsmaßnahmen aber gegen allen Widerstand durchsetzen. Bis zum Jahr 1900 wurden in der gesamten Eifel 40.000 ha Gemeindeland bepflanzt. Der starke Rückgang bei der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten hat dazu geführt, daß immer mehr landwirtschaftliche Flächen brach liegen; diese werden heute zum Teil mit staatlichen Fordermitteln wieder aufgeforstet. Alle langfristigen Hilfsmaßnahmen wurden durch den 1883 eingerichteten Eifelfonds finanziert, aus dem bis 1914 insgesamt zehn Millionen Goldmark in die Region flössen.

Spontane Hilfsmaßnahmen

Die bereits geschilderten schwierigen klimatischen Bedingungen in der Eifel führten immer wieder zu akuten Hungersnoten. Besonders schlimm war die Not 1816/1817, durch einen außerordentlich feuchten Sommer bedingt, der verhinderte, daß das Getreide heranreifen konnte. Ganz besonders gravierend war diese Hungersnot vor allem deshalb, weil die Bevölkerung nicht auf Vorräte zurückgreifen konnte, da 1814 im Zuge der Napoleonischen Kriege ein russisches Heer (40.000) die Eifel auf dem Heimweg durchzogen und geplündert

hatte. Die Getreidepreise stiegen so hoch, dass sich niemand mehr Getreide leisten konnte. Vielfach waren Eltern gezwungen, ihre eigenen Kinder betteln zu schicken, da sie selbst nicht mehr in der Lage waren, sie zu ernähren. Das riesige Ausmaß der Not veranlagte Preußen, Hilfsmaßnahmen einzuleiten, so wurde zum Beispiel Weizen günstig in Russland eingekauft und an die rotleidende Bevölkerung verteilt. In vielen Gebieten des Königsreiches, selbst in Berlin, wurde außerdem zu Spenden für die notleidende Eifel bevölkern n g aufgerufen. Allein im Regierungsbezirk Trier wurden während der Hungersnot 96.626 Reichstaler gespendet.

Motive und Auswirkungen der Hilfsmaßnahmen

Es kann mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass die Hilfsmaßnahmen das Ergebnis völlig uneigennütziger Motive waren. Aufgrund ihrer großen Armut wurde die Eifel als ein nationaler Schandfleck gesehen (was sich auch daran zeigte, dass sie als »preußisch-Sibirien« bezeichnet wurde), so dass Hilfe für die Eifel auch zu einer Frage des Prestiges wurde. Außerdem sollte die Bevölkerung durch die umfangreichen Hilfsmaßnahmen in ihrer Loyalität zu Preußen bestärkt werden, weil man befürchtete, die Eifelbevölkerung könne im Falle eines Konfliktes mit Frankreich frankophil reagieren. Die Auswirkungen der Maßnahmen waren für die Bevölkerung durchweg positiv, da sich die Lage der meisten landwirtschaftlichen Betriebe spürbar verbesserte.

Quelle: http://www.jahrbuch-daun.de/VT/hjb1998/hjb1998.54.htm